

Steuern und Haushalt:

Anfang 2010 sollen **Steuarentlastungen** von jährlich rund 14 Milliarden Euro kommen, bis 2013 im Gesamtvolumen von bis zu 24 Milliarden Euro im Jahr. Zum 1. 1. 2011 soll ein Tarifstufensystem bei der Einkommensteuer in Kraft treten. Die unteren und mittleren Einkommensbezieher sollen dabei entlastet werden. Wie das allerdings aussehen soll, ist noch offen. Mit der **Unternehmensteuerreform** soll zum 1. 1. 2010 begonnen werden. 2010 soll der **Kinderfreibetrag** von 6024 auf 7008 Euro angehoben werden. Das monatliche **Kindergeld** wird um 20 Euro erhöht, also auf 184 Euro für das erste und zweite, auf 190 Euro für das dritte und auf 215 Euro für alle weiteren Kinder. Auch bei der **Unternehmens-** und **Erbschaftsteuer** soll es sofort Entlastungen geben. Ein Sofortprogramm soll die Steuerbelastung bei Erbschaften für Geschwister und Geschwisterkinder durch einen neuen Steuertarif von 15 bis 43 Prozent senken. Auch wird angestrebt, die Zeiträume zu verkürzen, innerhalb dessen die Unternehmen weitergeführt werden müssen. Keine Einigung gab es bei den **Mehrwertsteuersätzen** und der von der FDP verlangten Abschaffung der (kommunalen) **Gewerbsteuer**. Zur Gewerbesteuer wird man eine Kommission einsetzen. Nur der Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe wird auf sieben Prozent reduziert. Die Kosten für Steuerberatung ab nächstem Jahr sollen wieder voll absetzbar sein. Die paritätisch finanzierten **Lohnzusatzkosten** - Rente, Krankenkassen, Pflege- und Arbeitslosenbeiträge - sollen unter 40 Prozent gehalten werden, krisenbedingte Einnahmeausfälle für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung sollen mit Steuermitteln aufgefangen werden. Die Beiträge sollen stabil gehalten werden. Wie das finanziert, ist allerdings offen. Einsparmaßnahmen werden ebenfalls nicht genannt. Strittig war zuletzt die steuerliche Freistellung von **kommunalen Versorgungsbetrieben** von der Umsatzsteuer. Der Grundsatz sollte aufgehoben werden, was Proteste in den Kommunen auslöste, die mit Gebührenerhöhungen drohten. Es wird jetzt eine Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter angestrebt. Man muss abwarten, wie die Lösung dann aussehen wird. Nach verfassungsrechtlichen Bedenken wird der **Schattenhaushalt 2010** durch Steuermittel finanziert.

Bewertung:

Schwarzgelb bietet keine Gegenfinanzierung für Steuersenkungen und die vielen Klientelgeschenke. Deshalb wird die Verschuldung hochgefahren und das strukturelle Defizit vergrößert. Die Rechnung werden die künftigen Generationen bezahlen. Allein für das steuerliche Sofortprogramm sind – bei günstigster Entwicklung – bis 2013 knapp 2,2 Mrd. Euro mehr Zinsen an die Banken zu zahlen. Spätestens bei der Haushaltsaufstellung 2011 und der Finanzplanung bis 2014 direkt nach den NRW-Wahlen im Mai 2010 wird man das sehen. Auf Kosten von Ländern und Kommunen, zu Lasten von Bildung und Integration

Die von Schwarzgelb ausgelösten Steuerausfälle treffen nicht nur den Bund. Bei Ländern und Kommunen landet ein großer Teil der langfristigen Mindereinnahmen (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Mrd. Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Mrd. jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Mrd. Euro, für die Kommunen mind. 6 Mrd. Euro jährlich). Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarzgelb macht kommunalfeindliche Politik.

Zudem bedient CDU/FDP ausgesuchte Klientelgruppen (z.B. mehr als 1 Mrd. Euro Subventionen für die Landwirtschaft ohne nachhaltige Perspektive) und führt Privilegien wieder ein, die zur Steuerumgehung einladen.

Was Schwarz-gelb verschweigt, sind die massiv drohenden Abgaben- und Gebührensteigerungen bei Gesundheit und bei kommunalen Dienstleistungen. Von den geplanten Steuersenkungen profitieren hohe Einkommen am meisten. Die drohenden Abgabenlasten treffen Haushalte mit geringem Einkommen am schärfsten.

Arbeit:

Hartz-IV-Bezieher dürfen künftig jetzt von ihrem Angesparten behalten: Das Schonvermögen wird pro Lebensjahr auf 750 statt 250 Euro erhöht. Arbeitslosengeld-II-Empfänger dürfen mehr hinzuverdienen. Bislang sind nur 100 Euro völlig anrechnungsfrei. Bestehende Branchen-**Mindestlöhne** sollen bleiben, aber bis 2011 überprüft werden. Neue Mindestlöhne wird es wohl nicht geben, weil die Koalition diese ablehnt. Die rund 350 **Arbeitsgemeinschaften** von Kommunen und Arbeitsagenturen zur Betreuung

der rund 6,7 Millionen Hartz-IV-Bezieher werden wohl aufgelöst. Die Koalition will zur "getrennten Aufgabenwahrnehmung" zurückkehren. Die Kommunen wären demnach für soziale Betreuung und Wohnungskosten zuständig, die Arbeitsagenturen für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II und die Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Die 69 Optionskommunen, die Langzeitarbeitslose in Alleinregie betreuen, sollen unbefristet bestehen bleiben. Angesichts der Haushaltslöcher wollen Union und FDP bei den Fördermaßnahmen für Arbeitslose sparen. Der Beitragssatz soll bleiben. Bei den **befristeten Arbeitsverträgen** will die Koalition Lockerungen einführen - bislang gilt eine maximale Grenze von zwei Jahren, in denen befristete Arbeitsverträge möglich sind. Danach ist eine befristete Einstellung bei demselben Arbeitgeber nicht mehr erlaubt. Künftig soll die erneute Befristung beim selben Arbeitgeber möglich sein. Bei den **Minijobs** gibt noch keine Festlegung. Es wird eine Erhöhung und Dynamisierung der 400-Euro-Grenze auf 600 Euro geprüft.

Bewertung:

Schwarzgelb stellt sich blind für die brennende soziale und ordnungspolitische Frage von Armutslöhnen und Lohndumping. Die Instrumente zur Schaffung und Sicherung existenzsichernder Löhne werden entschärft. Weitere Branchen, die Mindestlöhne erhalten, wird es wohl nicht mehr geben.

Das gesetzliche Verbot sittenwidriger Löhne ist Augenwischerei. Schon heute sind Löhne, die Tariflöhne oder ortsübliche Löhne um mehr als ein Drittel unterschreiten, nach höchstrichterlicher Rechtsprechung unzulässig. Wer aber per Gesetz die Grenze zur Legalität so niedrig ziehen will, erteilt Dumpinglöhnen von zum Teil unter 4 Euro die Stunde seinen Segen.

Eine Organisationsreform SGB II wird nicht ernsthaft in Angriff genommen. Schwarzgelb verunsichert Arbeitsvermittler und Arbeitsuchende. Zum Nachteil der Hilfebedürftigen wird die getrennte Aufgabenwahrnehmung BA/Kommunen (doppelte Bürokratie) angestrebt. Die Sicherung der Optionskommunen über das Jahr 2010 hinaus und die Ausweitung der Ermessensspielräume zum Einsatz von Arbeitsmarktinstrumenten vor Ort sind klare Zeichen einer Kommunalisierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Existenz der BA in ihrer bisherigen Form steht auf dem Spiel.

Die Erhöhung des als Alterssicherung dienenden Schonvermögens ist SPD-Forderung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im August 2009 einen Gesetzentwurf mit weitergehenden Regelungen auf den Weg gebracht, dessen weitere Behandlung aber damals von der CDU/CSU verhindert worden ist. Allerdings ist nur ein sehr kleiner Teil der Langzeitarbeitslosen betroffen. Zur armutsfesten Weiterentwicklung des Regelsatzes für alle Grundsicherungsempfänger gibt es keine Aussage. Mit der zu prüfenden Pauschalierung der Heiz- und Unterkunftskosten ist sogar eine Leistungskürzung zu befürchten. Das FDP-„Bürgergeld“, das alle Leistungen zusammenfassen will, ist ein Euphemismus für Einschnitte in das Sicherungsniveau. Bessere Hinzuverdienste können die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht ersetzen und bringen die Gefahr einer Verfestigung von prekärer Beschäftigung und Hartz-IV-Bezug.

Wirtschaft:

Es soll **Bürokratie** abgebaut werden, mit denen vor allem mittelständische Firmen entlastet werden sollen. Die Bürokratiekosten der Wirtschaft sollen bis 2011 im Vergleich zu 2006 um 25 % reduziert werden. Das Vergaberecht soll weiter reformiert und gestrafft werden. Besonders die 2009 eingeführte Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards („vergabefremde Aspekte“) soll überprüft und ggfs. korrigiert werden.

Bewertung:

Schwarzgelb übernimmt lediglich die bereits (seit dem KV von 2005!) bestehende Verpflichtung des 25%-Zieles, die wir weitgehend durch drei Mittelstandsentlastungsgesetze der Großen Koalition umgesetzt haben. Eine weitergehende Preisgabe von Regulierungen geht schnell zu Lasten schutzwürdiger Ziele wie die Überprüfung des AGG andeutet.

Beim Vergaberecht will die SPD die Möglichkeiten des Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tariftreue Unternehmen zu stärken und ökologische Innovationen voranzutreiben. Öffentliche Aufträge haben dabei Vorreiterfunktion. Schwarzgelb zielt auf das Gegenteil: Der Wettbewerb soll offensichtlich zu Lasten der Arbeitsbedingungen, der Löhne und der Umwelt gehen

Umwelt/Energie:

Die Laufzeit für "sichere" Atomkraftwerke wird verlängert. Der Großteil der Zusatzgewinne der Konzerne soll dem Bund zufließen und teilweise zum Ausbau regenerativer Energien genutzt werden. Das Neubauverbot bleibt bestehen. Das niedersächsische Salzbergwerk Gorleben wird als mögliches Endlager für Atom Müll weiter geprüft. Überhaupt nicht klar ist, welche Atomkraftwerke vom Netz sollen und welche länger laufen dürfen.

Bewertung:

Schwarzgelb macht Energiepolitik ohne Konzept. Die Koalition kündigt aber bereits den Atomkonsens auf. Investitionen in konventionelle Kraftwerke und Erneuerbare Energien werden absehbar zurückgefahren. Die Maßgaben für die Vereinbarung über längere Laufzeiten sind unbestimmt („möglichst schnell“). Da für einige AKW aber dringlich Entscheidungen für einen eventuellen Weiterbetrieb anstehen, ist zu erwarten, dass mit Zustimmung der Bundesregierung erforderlichenfalls Strommengen von „Neu auf Alt“ übertragen werden müssten – das Sicherheitsniveau also zunächst einmal sinkt! Umso unverantwortlicher ist da auch die Vermehrung des Atom Mülls durch die Verlängerung von Laufzeiten.

Schwarzgelb formuliert Klimaschutzziele, die in den konkreten Feldern der Energie- und Wirtschaftspolitik konterkariert werden. Laufzeitverlängerung von AKW, Planungsunsicherheit bei der Förderung Erneuerbarer Energien, straßenorientierte Verkehrspolitik, Ausweichstrategien bei der Erbringung von CO₂-Reduktionen reduzieren die Anreize entschiedener Klimaschutzinvestitionen in Deutschland.

Die Planungssicherheit bei erneuerbaren Energien sinkt: Der Intervall der EEG-Novellen wird um 1 Jahr verkürzt. Bei Solarstrom ist u.a. eine zusätzliche Kürzung der Vergütungssätze vorgesehen. Dagegen sind Privilegien für „organische Reststoffe“ und Wasserkraft (Interessen Bayerns versus Naturschutz) sowie bisher unbestimmte Privilegien für Biokraftstoffe mit Inkrafttreten zum 1.1.2010 angekündigt – das ist offene Klientelpolitik.

Die Änderungen im Naturschutzrecht bedeuten einen Abbau der Standards. Zusammen mit der Betonung von freiwilligen Maßnahmen und Vertragsnaturschutz ist der Naturschutz in der Substanz bedroht.

Inneres und Recht:

Die Sperrung von **kinderpornografischen Seiten** wird zunächst für ein Jahr ausgesetzt. Die Seiten sollen gelöscht anstatt gesperrt werden. Das im BKA-Gesetz vorgesehene **Ausspähen von privaten Computern** durch Sicherheitsbehörden bleibt vorerst weiter erlaubt. Künftig ist allerdings die Genehmigung des Bundesgerichtshofs nötig. Der Zugriff auf die von den Telekommunikationsunternehmen gespeicherten **Verbindungsdaten (Vorratsdatenspeicherung)** durch die Sicherheitsbehörden wird bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die grds. ausgesetzt. Für **Jugendliche** steigt die Höchststrafe für Mord auf 15 Jahre. Es wird keine **Bundeswehreinheiten im Inland** geben.

Bewertung:

Als wirkliche Integrationsmaßnahme fehlt vor allem ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige oder die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft.

Die Änderung der aufenthaltsrechtlichen Übermittlungspflichten ist positiv zu bewerten. Die SPD setzt sich für entsprechende Regelungen aber nicht nur in Bezug auf den Schulbesuch von Kindern ein, sondern weitergehend auch für medizinische Versorgung und arbeitsgerichtlichen Rechtsschutz.

Die Hürde für die Durchführung bei einer Online-Durchsuchung wird angehoben. Die Zuständigkeit des Ermittlungsrichters am BGH erhöht symbolisch die Anwendungsschwelle und bringt für die Online-Durchsuchung zum Ausdruck, wovon auch bislang alle ausgegangen sind: Die Online-Durchsuchung bleibt extreme Ausnahme.

Auf unsere Initiative hin wurde der Vorrang des Löschens vor dem Sperren im Gesetz festgeschrieben. Die Aussetzung des Sperrens bedeutet daher lediglich, dass in den Fällen, in denen eine Löschung nicht möglich ist, schlicht nichts geschieht. Dies widerspricht der Gesetzeslage. Die teilweise Aussetzung des Gesetzes wird daher scharf kritisiert von Kinderschutzbund bis Polizei.

Die Formulierung bei der Vorratsdatenspeicherung lässt offen, ob ein Zugriff der Bundesanwaltschaft auf die Vorratsdaten zu Zwecken der Strafverfolgung generell ausgeschlossen werden soll.

Höhere Strafe wirken bei Jugendlichen nicht abschreckend. Reaktionsmöglichkeiten im Jugendstrafrecht sind schon jetzt zahlreich. Eine Straferhöhung allein im Hinblick auf die Schwere der Tat widerspricht dem Erziehungsgedanken. Wir sind für eine verbesserte Prävention und eine schnellere Durchführung von Jugendstrafverfahren und eine umgehende Vollstreckung der Strafen.

Schwarzgelb will im Mietrecht vor allem Vermieterinteressen zur Geltung bringen. Der Ausschluss von Mietminderung bei Modernisierungsmaßnahmen bedeutet, dass Mieter auch ohne entsprechende Gegenleistung zahlen sollen. Unbeachtet bleibt, dass Vermieter ohnehin Modernisierungskosten auf den Mieter umlegen können. Die Angleichung der Kündigungsfristen bedeutet, dass entweder auch langjährigen Mietern mit 3-Monatsfrist gekündigt werden kann oder aber sie einen Umzug wegen langer Fristen mit doppelten Mieten bezahlen müssen.

Außen- /Verteidigung/Internationales:

Die **Wehrpflicht** soll bleiben, allerdings nur noch sechs statt neun Monaten. Der Zivildienst wird angepasst. Die Koalition bekennt sich zum **Bundeswehreinsatz in Afghanistan**. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit soll verstärkt an afghanische Kräfte übergehen, um die Voraussetzungen für einen Abzug der Bundeswehr zu schaffen. Ein Datum für den Rückzug wird nicht genannt. Es wird **ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat** angestrebt. Deutschland soll ein **Land ohne Atomwaffen** werden. Gemeint sind damit Atomwaffen der Amerikaner, die auf Stützpunkten in Deutschland lagern. Die Verhandlungen zwischen **EU und Türkei** sollen "ergebnisoffen" geführt werden. Scheitert ein Beitritt der Türkei zur EU, soll ihr ein privilegiertes Verhältnis angeboten werden. Die **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** wird bekräftigt. Es wird aber als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise eine einheitliche, EU-weite **Bankenaufsicht** angestrebt.

Bewertung:

Die Formulierung zu den Auslandseinsätzen eröffnet viele Optionen zum Einsatz von Streitkräften im Ausland ohne UN-Mandat. Wir haben in der Großen Koalition stets auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats bestanden. Der Hinweis auf „angemessene“ Kontrollmöglichkeiten des Bundestages deutet auf eine Aufweichung des Parlamentsbeteiligungsrechts in bisheriger Form hin. Die Ankündigung zur „kritischen Überprüfung“ von Afghanistan soll Signal zur Beendigung von Bundeswehr-Mandaten geben. Mit dem Vorschlag der SPD liegt aber bisher der weitgehendste Vorschlag für einen verantwortlichen Abschluss der Afghanistan-Mission vor.

Die Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate ist weder sicherheitspolitisch begründet noch begründbar („Praktikum an der Waffe“). Es ist ein fauler Kompromiss. Der Zwangsdienst wird auf Kosten von Glaubwürdigkeit aufrechterhalten. Mit der Verkürzung wird zwar eine höhere – statistische – Wehrgerechtigkeit erreicht. Die notwendigen Strukturkosten zum Durchschleusen der höheren Anzahl von Wehrdienstleistenden werden die finanziellen Spielräume der Bundeswehr weiter beschränken.

Das Soziale Europa wird mit dem Verweis auf die nationalstaatliche Zuständigkeit für die Sozialpolitik abgelehnt. Kein Hinweis auf die soziale Dimension. In Bereichen, in denen die EU für eine Verbesserung des *Status Quo* sorgen könnte, wird europäisches Engagement abgelehnt, z.B. Verbesserung des Antidiskriminierungsschutzes. Es findet sich kein Hinweis auf soziale Mindeststandards oder auf die Arbeitnehmerrechte. Es findet sich kein Hinweis auf die Bedeutung von der Erweiterungspolitik für Stabilität, Frieden und Sicherheit in Europa. Es gibt auch kein Bekenntnis zu den von den Staats- und Regierungschefs einstimmig gegebenen Beitrittsperspektiven für die westlichen Balkanstaaten und die Türkei. Kroatien, dessen Beitritt als nächstes stattfinden könnte, findet keine Erwähnung, das gilt auch für Island.

Der Bezug zu Polen ist richtig und wichtig. Aber dann sollte Bundeskanzlerin Merkel Frau Steinbach davon überzeugen, dauerhaft auf ihren Sitz im Rat der Stiftung "Flucht, Vertreibung und Versöhnung" zu verzichten.

Gesundheit und Pflege:

Der Gesundheitsfonds ist auf dem Prüfstand. Bis 2011 soll eine Regierungskommission Vorschläge für eine Umgestaltung des Gesundheitssystems machen. Künftig sollen auf jeden Fall allein die Versicherten mögliche Prämien erhöhungen der Krankenkassen tragen. Der Arbeitgeberanteil von sieben Prozent soll eingefroren, der bisherige Beitrag von Arbeitseinkommen oder Rente (derzeit 7,9

Prozent) möglicherweise teilweise oder ganz auf eine Pauschalprämie umgestellt werden. Die Kassen sollen wieder unterschiedlich hohe Beiträge statt des Einheitsbeitrags von 14,9 Prozent nehmen dürfen. Auch zwischen Regionen sollen wieder unterschiedlich hohe Prämien möglich sein. Der Wechsel gesetzlich Versicherter zur privaten Krankenversicherung soll leichter werden.

Die **Pflegeversicherung** soll zu einem Teil privatisiert werden. Zu prozentualen Abzügen vom Einkommen könnte dann ein pauschaler Beitrag hinzukommen, um die wachsende Zahl von Pflegefällen zu zahlen und die Pflege für Demenzkranke auszuweiten. In der Diskussion ist auch eine Art „Kopfprämie“. Eine Kommission soll den Umbau 2011 begleiten.

Bewertung:

Die Entscheidung über die Zukunft der Krankenversicherungen wird vertagt. Massive Entsolidarisierung, Kostensteigerungen für gesetzlich Versicherte und Einschnitte in die Leistungen sind zu befürchten. Schwarzgelb hat einen Wegweiser für den Marsch in die Zwei-Klassen-Medizin aufgestellt: Durch Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags müssen die Versicherten in Zukunft alleine das Risiko für Kostensteigerungen übernehmen. Der Arbeitnehmeranteil wird in eine einkommensunabhängige Kopfpauschale umgewandelt – der Pförtner zahlt also den gleichen Betrag wie der Direktor. Wie der steuerfinanzierte Sozialausgleich stattfinden soll, ist im Spannungsfeld von Steuersenkungen und Rekordverschuldung völlig unklar. Aber Zuzahlungen, Aufzahlungen, Eigenanteile und privat zu bezahlende Leistungen nehmen drastisch zu. Durch die Regionalisierung der Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen werden viele Krankenkassen in einkommensschwachen Regionen ihren Beitragssatz anheben müssen. Einkommensstarke Regionen bevorzugen. Gesundheit hängt wieder mehr vom Geldbeutel und vom Wohnort ab. Insgesamt werden die Anbieter von Privatversicherungen begünstigt. Bei den Honoraren wird nochmals draufgesattelt, obwohl die Ärzte zuletzt hohe Einkommenszuwächse hatten. Die Arzneimittel werden wohl wieder steigen. Hinter diesen Schritten verbirgt sich Klientelpolitik zu Lasten der Versicherten und zu Gunsten von Ärzten, Pharmaindustrie und Versicherungswirtschaft. Gesundheitsprävention spielt in der Koalition keine Rolle. Auch bei der Pflegeversicherung wird der Weg zur einseitigen Mehrbelastung der Versicherten eingeschlagen. Die Entsolidarisierung gefährdet die Finanzierung dringend nötiger Pflegedienstleistungen.

Bildung und Forschung:

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen bis 2013 um insgesamt 12 Milliarden Euro steigen. Bis 2015 sollen die Ausgaben einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 10 Prozent haben. Schwarzgelb strebt ein Stipendienprogramm für besonders begabte Studenten an. Geplant sind 300 Euro monatlich - unabhängig vom Elterneinkommen. Jedes Kind muss vor dem Schulbeginn Deutsch können. Alle Vierjährigen sollen einen Sprachtest machen. Die **Biotechnologie** soll weiter gefördert werden, ebenfalls die **Stammzellenforschung**.

Bewertung:

Die angekündigten Mittelsteigerungen für Bildung und Forschung stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Besonders die Länder bekommen massive Probleme, wegbrechende Steuereinnahmen und Bildungsanstrengungen unter einen Hut zu bringen. Es bleibt unklar, für welche konkreten Maßnahmen in der Bildung das zusätzliche Geld verwendet werden soll. Die Bildungsfinanzierung zeigt den Einstieg in die Privatisierung von Bildungschancen und treibt die soziale Spaltung des Bildungssystems voran. Statt auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und die Gebührenfreiheit der Bildungsangebote setzt Schwarzgelb durch Sparmodelle auf die private Kostenbeteiligung. Das geplante Stipendien-Modell ist eine versteckte Querfinanzierung von Studiengebühren. Weder Stipendien noch Bildungssparen lösen die Bildungsmisere oder lindern Bildungsarmut. Das BAföG als eigentliches Mittel, auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen, gerät unter Finanzierungsdruck. Jugendliche in Warteschleifen bekommen kein konkretes Angebot.

Die Koalition setzt forschungspolitisch falsche Schwerpunkte und vernachlässigt wichtige Forschungsfelder: Problematisch ist die Schwerpunktsetzung auf „alte“ Technologien wie Atomenergie und kerntechnische Sicherheitsforschung statt auf Energie- und Energieeffizienzforschung im Bereich der erneuerbaren Energien.

Familie

Neben den Änderungen bei Kinderfreibeträgen und Kindergeld soll 2013 ein **Betreuungsgeld** von 150 Euro im Monat für jene Eltern eingeführt werden, die Kinder unter drei Jahren zu Hause betreuen, sie also nicht in eine mit staatlichem Geld geförderte Kindertagesstätte bringen. Es ist nicht klar, ob mit Barzahlung oder einem Bildungsgutschein. Das **Elterngeld** soll weiterentwickelt werden. Bei den Partnermonaten soll ein "Teilelterngeld" bis zu 28 Monaten eingeführt werden. Eltern, die auf 60 Prozent Teilzeit gehen, sollten künftig nur einen halben statt einen ganzen Monat Elternzeit verbrauchen können. Die Finanzierung steht hier aber noch nicht fest.

Bewertung:

Union und FDP äußern sich nicht zu den Zielen und Kosten des entschlossenen Ausbaus der Betreuungsplätze. Anzeichen einer Schwerpunktverlagerung von sozialen Dienstleistungen zu finanziellen Leistungen sind erkennbar. Vor allem die Einführung eines Betreuungsgeldes wird fatale bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Fehlanreize setzen. So werden überkommene Rollenmuster zwischen Männern und Frauen verfestigt. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien erhalten schlechtere Bildungschancen. Denn für viele der benachteiligten Familien stellt das Betreuungsgeld einen sehr hohen Anreiz dar, ihre Kinder zu Hause zu behalten. Alle Kinder sollten aber von Anfang an eine bessere Integration, einen besseren Spracherwerb und eine bessere Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern erhalten.

Rente:

Es gibt keine eindeutigen Formulierungen. Unter der Überschrift "Kampf gegen Altersarmut" wird zugesichert, dass "diejenigen, die ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und vorgesorgt haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten, das bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist". Eine Kommission soll dazu einen Vorschlag machen. Zudem will man die Erziehungszeiten besser berücksichtigen. Die Riester-Rente soll bleiben, die Rente mit 67 auch.

Bewertung:

Eine der größten Herausforderungen der Sozialversicherungen ignoriert der Koalitionsvertrag Die wenigen Sätze zur Rentenversicherung sind unklar. Schwarzgelb schweigt sich aus zur Rentengarantie, zum Renteneintrittsalter und zu flexiblen Übergängen durch Altersteilzeit und die Teilrente, sowie zu notwendigen Änderungen bei der Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos. Die versprochene Einführung eines zweiten Systems der Grundsicherung im Alter ist nebulös.

weitere Bereiche:

Die Islamkonferenz soll als Baustein der **Integrationspolitik** fortgesetzt werden.

Die schwarz-gelbe Koalition will für die krisengeplagten **Bauern** ein Sofortprogramm in dreistelliger Millionenhöhe auflegen. Dafür sollen innerhalb von zwei Jahren 750 Millionen Euro zusätzlich bereitstehen. Allein für die **Milchbauern** sind zusätzliche Prämien von 500 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommen weitere Zuschüsse zur Unfallversicherung von 200 Millionen sowie Liquiditätshilfen von 50 Millionen Euro jeweils für zwei Jahre.

Der **Anbau von Gen-Kartoffeln** wird verstärkt. Die Stärkekartoffel Amflora soll für eine kommerzielle, industrielle verwertet werden können. Die FDP will das Anbauverbot für **Genmais** kippen. Der Ausgang des Gerichtsverfahrens wird abgewartet. Zudem sollen Pestizide schneller als bisher zugelassen werden, was die Giftbelastung von Böden, Gewässern und Nahrungsmitteln weiter erhöhe.

Das **Schiennetz der Bahn** bleibt in der Hand des Staates. Netz, Bahnhöfe und Energieversorgung sollen bei der schrittweisen Privatisierung des Konzerns nicht an Investoren verkauft werden. Im Nahverkehr wird eine Richtungsentscheidung zugunsten privater Anbieter formuliert. Die SPD lehnt auf jeden Fall eine PKW- Maut ab. Sie würde besonders die kleineren Einkommen treffen. Zudem führt sie zu einer Verdrängung von Verkehren auf Bundes- und Landesstraßen, was zu mehr Staus, mehr Unfällen und mehr Umweltverschmutzung führt.

Die maßgeblichen **Entwicklungshilfeorganisationen** Inwent, DED und GTZ sollen unter einem Dach kommen. Die Entwicklungshilfe soll schrittweise Erhöhung auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden.

Fazit:

Alles Wichtige wurde vertagt. Die Arbeit der Koalition ist in viele Kommissionen verlagert werden. Viele wichtige Themen wie zum Beispiel der Systemwechsel der Krankenversicherung, die Neuordnung der Gemeindefinanzierung, das Alterseinkommen, die Strukturen der BA, die "Überförderung" der Solarwirtschaft und ein neues Energiekonzept werden nach der Landtagswahl in NRW entschieden. Da ist ein dickes Ende zu befürchten.

Vor der Wahl in NRW soll vernebelt werden, wohin die Reise geht. Doch eins wird klar, Schwarz-Gelb heißt: Mehr Belastungen vor allem für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen, schlechtere Bildungschancen, soziale Spaltung und ein größerer Schuldenberg für Bund, Länder und Gemeinden. Es wird Entlastung für Besserverdienende auf Pump geben. Die Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen gehen dabei leer aus. Dafür müssen sie höhere Abgaben und Gebühren zahlen. Ihnen bleibt also weniger Netto vom Brutto. Und wie die neuen Schulden abgebaut werden, bleibt völlig offen. Fest steht nur, dass Ländern und Gemeinden Geld für wichtige Aufgaben fehlt.

Zudem ist die Abkehr von der solidarischen Finanzierung unseres Gesundheitswesens ist eingeläutet: Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren und für die gesetzlich Versicherten wird bei Kostensteigerungen eine Pauschale unabhängig vom Einkommen erhoben. Arbeitgeber werden geschont und die Versicherten müssen Mehrkosten allein schultern. Dabei sind Besserverdienende fein raus und die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen zahlen die Zeche. In der Pflegeversicherung ist vorgesehen, die Versicherten zu verpflichten, eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Das bedeutet eine weitere einseitige Belastung der Versicherten. Nur die Versicherungswirtschaft ist obenauf, ihre Spenden an Union und FDP machen sich jetzt bezahlt.

Auch die Arbeitsmarktpolitik ist eine beschämend. Wer wirklich will, dass Arbeit sich lohnt, der sollte dem gesetzlichen Mindestlohn zustimmen. Aber Merkel stellt sogar bestehende Mindestlohnregelungen unter Vorbehalt. Schwarz-Gelb führt anderes im Schilde: Sie machen Lohndumping zur Regel und wollen gesetzlich fest schreiben, dass branchenübliche Löhne bis zu einem Drittel unterschritten werden dürfen.

Im Bildungsbereich verabschiedet sich Schwarz-Gelb von kostenloser Bildung als öffentlicher Aufgabe zur Erreichung von Chancengleichheit. Es folgt die private Bildungsfinanzierung durch Prämien für sog. Bildungssparen. Das begünstigt die, die genug verdienen, um Geld auf die hohe Kante zu legen. Gleichzeitig sollen 10 Prozent der Studierenden nach Begabung durch Stipendien gefördert werden. Auch dies begünstigt vor allem Kinder von Besserverdienenden. Außerdem sendet Schwarz-Gelb mit dem „Betreuungsgeld“ ein fatales Signal aus: Die frühe Förderung von Kindern in guten Kitas wird zurückgehen. Die Konsequenzen tragen die Kinder aus benachteiligten Familien. Und das schadet uns allen.

Schwarz-Gelb begünstigt ihre Klientel. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die SPD-Bundestagsfraktion diese Regierung durch gute Oppositionsarbeit stellt und ihr sozial gerechte Alternativen entgegensetzt.